

II-2309 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1190/J A n f r a g e
1977 -05- 12

der Abgeordneten Dr. GRUBER, Dr.E. MOSER
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend krasse Unterdotierung des Dienstpostenplanes für
Bundeslehrer

Im Bericht des Rechnungshofes über die Durchführung besonderer
Akte der Geharungsprüfung betreffend den Budgetvollzug 1975 wird
unter anderem festgestellt:

"Aufgrund der Meldungen der einzelnen personalführenden Stellen
stellte der Rechnungshof fest, daß im gesamten Ressortbereich zum
Stichtag 31. Dezember 1975 insgesamt rund 1.081 Dienstposten mehr
als besetzt ausgewiesen wurden, als für die betreffenden Schularten
im Dienstpostenplan festgelegt waren."

Dazu stellte das Bundesministerium für Unterricht und Kunst fest:

"Die Anzahl der Dienstposten müsse jeweils zu einem Zeitpunkt
festgelegt werden, in dem noch nicht die genaue Anzahl der Klassen
für das kommende Schuljahr feststehe. Daher komme es immer wieder
vor, daß die Aufteilung der Dienstposten, die nur schätzungsweise
erfolgt sei, nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entspreche.
Durch die Einführung der sogenannten "Kenn- und Grenzwerte" werde
aber ab dem Schuljahr 1976/77 eine sehr wesentliche Entscheidungshilfe
gegeben sein."

Die Verhandlungen auf Beamtenebene haben bisher keine Ergebnisse erbracht, die eine realistische Zuteilung von Dienstposten für Bundeslehrer erwarten lassen. Obwohl vor allem im AHS-Bereich aufgrund der prekären Dienstpostensituation schon jetzt viele Unterrichtsstunden auch in Pflichtgegenständen entfallen oder nur durch Mehrdienstleistungen (allein im Bereich der AHS fast 45.000 Wochenstunden als Dauermehrdienstleistung - Stichtag 1.1.1975 - laut einer Angabe des Bundesministers Dr. Sinowatz vom März 1977) ein regulärer Unterricht aufrechterhalten werden kann, wurde den Landesschulräten Anfang Mai 1977 eine weitere Kürzung bei der Zuteilung laut Dienstpostenplan im Bereich der AHS von ca. 0,8 % mitgeteilt.

Da unter diesen Voraussetzungen weder ein regulärer Unterricht gewährleistet, noch die Anstellung vieler geprüfter Lehrer sichergestellt ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie die von den einzelnen Landesschulräten geforderten, das sind die zur Aufrechterhaltung eines regulären Unterrichts erforderlichen Dienstposten, auch tatsächlich im Zuge der Ressortverhandlungen verlangen ?
- 2) Wie erklären Sie es, daß im Bereich der AHS eine weitere Kürzung von Dienstposten um ca. 0,8 % trotz steigender Schülerzahlen vorgesehen ist, obwohl schon jetzt viele Unterrichtsstunden entfallen und viele Dauermehrdienstleistungen geleistet werden ?
- 3) Werden Sie dafür Sorge tragen, daß Mehrdienstleistungen schrittweise abgebaut werden, bis alle geprüften Lehrer eine Anstellung erhalten haben ?
- 4) Wie sollen die im Rundschreiben No. 39 b/77 festgelegten Kenn- und Grenzwerte für den Lehrpersonalaufwand eingehalten werden, wenn der Dienstpostenplan von vornherein unrealistisch erstellt wird ?